

FDP im Römer

VERURTEILUNG DES ANGRIFFS AUF JUDEN IM GRÜNEBURGPARK UND VERBOT DER SOG. UNITED4GAZA-DEMONSTRATION

25.08.2025

Eine gemeinsame Pressemitteilung der FDP-Römerfraktion und FDP Frankfurt

Die FDP Frankfurt verurteilt den Angriff der System Change Camp Teilnehmer auf jüdische Menschen sowie deren Unterstützer zutiefst und ist schockiert ob der Gewalteskalation seitens der Camp Teilnehmer, die einzig und allein daraus resultierte, dass Fotos der Hamas-Geiseln an Bauzäunen außerhalb des System Change Camps angebracht wurden.

Stephanie Wüst, stellvertretende Kreisvorsitzende und Wirtschaftsdezernentin stellt dazu fest: „Ich stand nur wenige Meter neben Sacha Stawski zum Zeitpunkt der feigen Attacke und bin noch immer entsetzt, wie aus dem Nichts und ohne jegliche Provokation unsererseits die Stimmung kippte und die Camp-Teilnehmer immer aggressiver wurden, brüllten, schubsten und letztlich Farbe auf Sacha Stawski und weitere Menschen spritzten. Eine Wiederholung solcher Übergriffe darf es nicht geben; hierfür setze ich mich auch weiterhin aktiv im Magistrat ein! Der Magistrat ist nun zum einen gefordert, die Geschehnisse gemeinsam mit der Landespolizei aufzuarbeiten, und zum anderen sich dafür einzusetzen, dass derartige Versammlungen in Zukunft nicht mehr zugelassen werden! Bisher habe ich nur Schuldzuweisungen gesehen. Hier geht es nun um Verantwortung für unsere Stadt und um die Sicherheit jüdischen Lebens.“

Fraktionsvorsitzender im Römer, Yanki Pürsün führt hierzu weiter aus: „Meine klare Erwartung an den Magistrat ist, in Zukunft von allen administrativen und rechtlichen Mitteln Gebrauch zu machen, und derartige Veranstaltungen zu verbieten. Dies gilt auch und insbesondere schon für die für den 30.8.2025 angemeldete sogenannte United4Gaza Demonstration.“

Die FDP Frankfurt fordert daher gemeinsam mit der FDP-Römerfraktion und der FDP-Magistratsgruppe den Magistrat auf, unverzüglich die angemeldete Demonstration zu verbieten und dieses Verbot ggf. durch alle rechtlichen Instanzen zu verteidigen, um so die sogenannte United4Gaza Demonstration zu verhindern.

Kreisvorsitzender Frank Maiwald betont ergänzend: „Insbesondere der angemeldete Ort in unmittelbarer Nähe zur Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle darf unter keinen Umständen für massiven als Israelkritik getarnten Judenhass missbraucht werden.“

Die FDP Frankfurt wird sich an etwaigen Gegendemonstrationen beteiligen und ruft alle Frankfurterinnen und Frankfurter auf, ein deutliches Zeichen gegen jeden Antisemitismus zu setzen!